

Situation in Afghanistan seit August 2021

Positionspapier des Koordinierungskreises

*der BAG Christ*innen bei Bündnis 90/Die Grünen*

Der Koordinierungskreis der BAG Christ*innen ist entsetzt über die humanitäre Katastrophe, die sich derzeit in Afghanistan abspielt. Die Entwicklungen der letzten Wochen hätten durch bessere Kenntnis der Lage vor Ort und der richtigen Einschätzung der Willens- und Militärmacht der Taliban auf der einen und der ehemaligen afghanischen Regierung auf der anderen Seite vorhergesehen werden können, ja müssen. Zudem hätte spätestens im Juni 2021 ein Plan zur Evakuierung der Ortskräfte und anderer gefährdeter Menschen aus Kabul und Afghanistan vorliegen müssen. Jetzt gilt es als allererste Priorität möglichst viele Menschenleben zu retten, bevor andere politische Konsequenzen gezogen werden müssen.

Im Herbst 2001 begann mit dem Einmarsch der NATO der Krieg in Afghanistan mit dem Ziel, die seit 1996 herrschende Taliban-Regierung zu stürzen und die Terrororganisation al-Qaida nach dem terroristischen Angriff auf New York und Washington am 11. September 2001 zu stürzen. Die Ankündigung des US-Präsidenten Joe Biden, alle US-Streitkräfte bis spätestens zum 11. September 2021 nach 20-jähriger Anwesenheit abzuziehen, war hingegen der Anfang des Endes des NATO-Einsatzes in Afghanistan nach 20 Jahren Krieg. Denn auch die Verbündeten der USA und damit auch Deutschland schlossen sich dem Abzug an.

Diesem Entschluss folgten in kürzester Zeit die Eroberung des Landes durch die Taliban und eine humanitäre Katastrophe, dessen letzte Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.

Daher möchten wir auch an dieser Stelle auf die politische Dringlichkeit folgender Aussagen aus unserem Grundsatzprogramm hinweisen:

1. Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Gewaltfreiheit, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade weil offene Gesellschaften und freiheitliche Demokratien immer stärker auch im globalen Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen stehen.
2. Zivile Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben Vorrang vor dem Einsatz militärischer Gewalt, was sich auch in der tatsächlichen institutionellen, finanziellen und personellen Ausstattung widerspiegeln muss.
3. Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebe, fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss Ausnahme sein. Menschen, die dauerhaft hier (in Deutschland) leben, brauchen ein sicheres Bleiberecht. Kein Mensch ist illegal, daher sollten Abschiebungen stets das letzte Mittel sein.

Nicole Lauterwald (Delegierte der LAG Religiöse Hessen)

Kerstin Täubner-Benicke, Sprecherin

Peter Dennebaum, Sprecher

Im Namen des Koordinierungskreises

August 2021